



Grünen-Spitzenkandidatin Tamara Tschikowani: „Wir müssen nicht regiert werden“

Aus der Berliner Alternativen Liste (AL) ist Ende letzten Jahres gleich die ganze Arbeitsgruppe für Berlin- und Deutschlandpolitik ausgetreten. Grund: Unter der „Herrschaft linkssektiererischer Strömungen“ sei „schon lange keine demokratische Diskussion mehr möglich“. Es herrsche in der AL eine „Kultur der Inquisition, die taub ist für die Frage, ob sich die Erde nun dreht oder nicht, wenn sie den ideologischen Gegner nur vernichten kann“.

Altgediente AL-Mitglieder steigen aus, zu Versammlungen kommen nur noch wenige, Mehrheiten bilden sich meist zufällig. Das „Lagerdenken“, so eine AL-Mitbegründerin, werde die Partei „umbringen“. Kaderpolitik, ein gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit und zur Gewaltfrage sowie der Einfluß von alten und neuen Kommunisten treibe die AL, so Kritiker, in eine ausweglose Lage. „Das ist verheerend“, so die Alternative Johanna Mayr, „so sind keine Entwicklungen mehr möglich.“

Auch in Nordrhein-Westfalen geht die Entwicklung, wie ein Grüner sagt, „nur in eine Richtung, ins Chaos“. Seit 1985 sind vier Landesgeschäftsführer gegangen, wird das Amt nur kommissarisch verwaltet. Von elf Vorstandsmitgliedern amtierten gerade noch sechs, und ein Parteisprecher mußte vergangenen Herbst sogar schon nach 20 Tagen seinen Stuhl räumen.

Für Aufsehen sorgte der Parteiaustritt der engagierten Umweltstreiterin und Bundestagskandidatin Bettina Krems-Hemesath, die ihren Parteifreunden vorwarf, „nicht mehr basisdemokratisch, sozial-ökologisch und gewaltfrei“ zu sein. Von „Konflikten zermüht“, verließ die langjährige Schatzmeisterin Cordula Günther-Bortlisz den Parteivorstand; die Vorstandssprecherin Christina Morgen-

schweis-Willwacher („Ich begreife manches nicht mehr“) kritisiert offen die „Kopf-ab-Mentalität“ in ihrer Partei, zur Mitarbeit im Vorstand brauche sie „auch Masochismus“.

Die fortdauernden persönlichen Anfeindungen wollen die NRW-Grünen nun mit psychologischer Hilfe überwinden: Die Grünen-Landesspitze, so ein Beschluß, soll „in Anerkennung der schwierigen Verhältnisse für das Team und einzelne ein fünftägiges Schulungsprogramm“ absolvieren, um in der Klausur mit Hilfe eines Psychologen die Probleme gruppenspezifisch aufzuarbeiten.

In Niedersachsen, wo die Grünen sechs Jahre Parlamentserfahrung haben, wie in Rheinland-Pfalz, wo sie letzten Mai erstmals den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schafften, sinkt ihr Einfluß bis zur Bedeutungslosigkeit.

Die „Oberförster-Grünen“ (Partei-spott) zwischen Harz und Heide wirken auf Landesebene wie in Lethargie versunken; in den Kommunen, wo sie vorzeigbare Arbeit leisten, bröckeln gleichwohl rot-grüne Bündnisse: In Hannover ist die SPD schon zur CDU geschwenkt, in Göttingen steht der rot-grüne Bruch bevor – auch hier zugunsten einer schwarz-roten Koalition.

Von den Grünen in Baden-Württemberg, die seit 1980 ununterbrochen im Stuttgarter Landtag sitzen und bei der Wahl am 20. März ihr Ergebnis von 1984 (acht Prozent, neun Mandate) erreichen wollen, ist seit Monaten kaum etwas zu hören. Seit ihr Fraktionschef Fritz Kuhn, der nicht wieder kandidiert, im Herbst Ministerpräsident Lothar Späth anbot, bei einem Verlust der absoluten CDU-Mehrheit könne er auf die Grünen bauen, wirken die Ökopaxe wie erstarrt.

Das Anbieten wurde zwar von der Partei empört verworfen. Doch ihren Wahlkampf beginnen die Grünen erst jetzt, auf neu-alternative Art. Mit Hilfe von Biologen, Wirtschaftsforschern und Sozialwissenschaftlern wollen die Grünen beispielsweise im technologisch hochstehenden Ländle „High-Tech ins Gerede bringen“. Die verfehlte EG-Agrarpolitik soll gleichfalls auf gediegene Weise attackiert werden: Beim ober-schwäbischen Milchwerk erstehen die Grünen für rund 8000 Mark eine Tonne deutscher Markenbutter, um sie kostenlos zu verteilen – die Wähler bekommen ihr Fett weg.

FERNSEHEN

O.k., Fritz

Der Provinzjournalist Henning Röhl, der die Leitung von „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ übernimmt, war nie Fernsehredakteur, aber frühzeitig Mitglied der CDU.

Das Abstimmungsergebnis in der Runde der ARD-Intendanten war schon vor der Diskussion ausgekugelt.

Der eine der beiden Kandidaten, die sich um den Chefposten bei „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ in Hamburg bewarben, hatte bereits an die 2000 Berichte für die beiden Fernsehsendungen abgeliefert, der andere keinen. Der erste Bewerber konnte auf 25 Jahre Berufserfahrung als Fernsehjournalist verweisen, der zweite auf null.

Gewählt wurde, wie erwartet, Kandidat Nummer zwei – einfach, weil er das richtige Parteibuch besitzt: Henning Röhl (CDU) wird am 1. April Nachfolger von Edmund Gruber als Chefredakteur bei „ARD-Aktuell“. Mit sechs gegen drei Stimmen entschieden sich die Intendanten am Dienstag letzter Woche in Stuttgart für den Direktor des Kieler Funkhauses; der parteilose New-York-Korrespondent Fritz Pleitgen fiel durch.

Die Mißwahl nach dem deutschen Rundfunk-Einmaleins bestätigt aufs neue den Verfall journalistischer Unabhängigkeit und die politisch-personelle Kumpanei in den Führungsetagen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens.

Die Mehrheit der Intendanten, die ihre Posten den Parteien verdanken, funktionierte so, wie es die CDU/CSU-Medienlenker im Kanzleramt und in der Bonner Parteizentrale nicht besser hätten inszenieren können.

Friedrich Nowotny aber, dem Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, gelang ein taktisches Meisterstück. Der Chef der größten ARD-Anstalt verschaffte sich durch seinen aussichtslosen Pleitgen-Vorschlag ein Alibi bei der heimischen SPD-Mehrheit. Und er begünstigte, statt einen erfahrenen Kandidaten wie etwa Gruber-Stellvertreter Heiko Engelkes oder den stellvertretenden

Bonner Studiochef Eberhard Piltz zu benennen, den unterqualifizierten Mann der CDU. Die Christdemokraten hatten Nowotny vor drei Jahren, als sie im Kölner Funkhaus noch die Stimmenmehrheit kontrollierten, ins Amt befördert.

Noch dazu behandelte Nowotny die Pleitgen-Kandidatur „absolut dilettantisch“, wie ein Kollege spottet. Die Intendanten brachten erst auf Befragen aus ihm heraus, daß sich der versierte USA-Korrespondent offiziell bewarb.

Eine Kandidaten-Vorstellung hatte Nowotny durch fehlende Vorbereitung vereitelt: Pleitgen, der sich selbst keine „üppigen Chancen“ ausrechnete, saß in New York. Derweil hielt sich Konkurrent Röhl, Protegé des NDR-Intendanten Peter Schiwy (CDU), bestens präpariert in Stuttgart zur Verfügung. Er wurde erst, als alles gelaufen war, zum Essen gebeten. Fast allen Intendanten war er bis dahin unbekannt gewesen.

Henning Röhl, 44, kommt aus konservativer Familie. Ein Onkel, zuvor Domorganist in Schleswig und Lübeck, verwaltet in Schiwy's Hamburger Funkhaus die Musik. Ein anderer, einst Kreispräsident in Plön, saß zwölf Jahre im Mainzer ZDF-Verwaltungsrat. Neffe Henning, Pastorensohn aus dem schleswigschen Vier-Häuser-Dorf Töstrup, tat es beiden gleich: Er heuerte beim Rundfunk und bei der CDU an.

Zielstrebig kehrte der einstige Freiburger Philosophie- und Germanistikstudent, der nun das ausgefeilte Weltnachrichtensystem der ARD übernehmen soll, über Hörfunkstationen beim Baden-Badener Südwestfunk und beim Hamburger NDR vor fünf Jahren nach Schleswig-Holstein zurück. Während ihn Baden-Badener Kollegen als „offenen, gutgelaunten Profi“ in Erinnerung haben, der „aus seiner politischen Meinung nie ein Hehl machte“ (so der frühere „Report“-Redakteur Viktor von Oertzen), geriet Röhl als ehrgeiziger Kieler NDR-Chef unter den unheilvollen Einfluß des Machtpolitikers Uwe Barschel.

Wie der christdemokratische Regent mit mißliebigen Journalisten umging, wurde erst letzte Woche wieder bekannt. Barschel, enthüllte sein früherer Presse-Staatssekretär Gerd Behnke, habe im November 1986 den ZDF-Korrespondenten Alois Theisen abservieren wollen. Deshalb habe er konstruierte Beschuldigungen gegen Theisen aus einer Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft kurzerhand selbst an die ihm ergebene „Bild“-Zeitung durchtelefoniert.

Röhl dagegen war bei Barschel wohlgefallen, denn er sorgte im Kieler NDR-Funkhaus für die rechten Verhältnisse. Flexible Mikrofon-Talente gelangten durch redaktionelle „Umstrukturierungen“ („die wahre Stärke Röhl's“, so ein Kieler NDR-Mann) auf maßgebliche Posten im Kieler Funkhaus: Sie kommentierten zwar unbedarft, aber linientreu.

Die Barschel-Affäre offenbarte, wie weit sich Journalist Röhl mit der Staats-



Röhl



Pleitgen



Gruber

Leitende Fernseh-Journalisten „Das Herz der ARD“

macht eingelassen hatte. Bei Kieler Kollegen kursierte die Information, Barschel's Intimus Herwig Ahrendsen habe nach der SPIEGEL-Enthüllung die NDR-Strategie gegen den abtrünnigen Reiner Pfeiffer mit Röhl im einzelnen abgesprochen – was Röhl bestreitet: Er habe vor Beginn der Affäre mit Ahrendsen gesprochen.

Später berichtete die Lübecker Staatsanwaltschaft, sie habe sich auf der Suche nach Pfeiffer an Röhl gewandt, der die

beflissene, aber unrichtige Auskunft gab, der SPIEGEL habe Pfeiffer zu einem NDR-Interview „nur für eine Stunde freigegeben“.

Nach Uwe Barschel's Ehrenwort-Pressekonzferenz sagte Röhl in einem NDR-Kommentar voraus, es werde Barschel „ein leichtes sein“, die „nächste Legislaturperiode als Ministerpräsident“ zu überstehen; Rücktrittsforderungen seien „absurd“. Die Kieler ARD-Berichterstattung wurde später, ganz ungewöhnlich, von den ARD-Chefredakteuren in einer Protokollnotiz einmütig als „tendenziös“ und „parteilich“ gerügt.

Der künftige „ARD-Aktuell“-Chef gehört zur CDU-gerechten Fernsehgeneration der lächelnden Anpasser. Röhl redet seit einer Amerika-Reise gern über US-Kollegen, „durchweg hart, aber fair“, und findet, „was sich Präsident Reagan an Fragen gefallen lassen muß“, einfach „ungeheuerlich“. Dennoch antwortete er „immer freundlich und mit Witz“.

Doch zu Hause, im Redaktionsalltag, sind die vorbildlichen Tugenden (Röhl: „Journalisten machen vor Politikern keinen Bückling“) schnell wieder vergessen. Denn in Bonn nimmt CDU-Kanzler Helmut Kohl kritisch-unabhängige Pleitgen-Berichte nach amerikanischem Vorbild übel, obwohl der Reporter in den USA Lob sogar von Reagan-Anhängern bekommt: „That's o.k., Fritz.“ Den Bonner Regierungsstil kritisieren amerikanische Kenner inzwischen als „jovialen Demokratismus“.

Redakteure von „Tagesschau“ und „Tagesthemen“, der größten deutschen TV-Nachrichtensendung, reagierten auf die Berufung des Fernsehlaien Röhl „mit Entsetzen“. Die „ARD-Aktuell“-Redaktion, für TV-Journalisten noch immer „das Herz der ARD“, werde von den Intendanten „nur noch als Wurmfortsatz behandelt“, klagt ein Redakteur.

Schon unter dem Kohl-Günstling und künftigen Deutschlandfunk-Intendanten Edmund Gruber kam über den Kanzler fast nur noch Hofberichterstattung des Bonner ARD-Studios ins Programm. Kohls „Pannen in der Finanz- und Außenpolitik“, die sogar die Springer-Presse dem Regierungschef letzthin anlastete, kamen in den aktuellen Nachrichtensendungen der ARD kaum noch vor. Statt dessen durfte der Kanzler über den Reagan/Gorbatschow-Gipfel in der „Tagesschau“ im Stile eines CDU-Wahlwerbers plaudern.

Die SPD sieht dem journalistischen Niedergang der ARD-Nachrichtensendungen tatenlos zu. In den Gremien sind die Sozialdemokraten weitgehend abgemeldet. Es handele sich um „schlichte Prozesse der Mehrheitsbildung“, beschied SPD-Medienpolitiker Peter Glotz jüngst einen Kritiker sozialdemokratischer Rundfunkpolitik. Glotz: „Früher gebrauchte man dafür das pathetische Wort Demokratie.“